



Querschnittsbreite: Seite 1. Markt u. 20% Aufschlag. Familien-Anzeigen mit 20% Aufschlag. ... Druck und Verlag: Rudolf Hoffe in Berlin.

Seitner Kasseblatt und -Banden-Druckerei ... Dr. Leo Lederer.

Berliner Tageblatt

Nr. 39 47. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Dienstag 22. Januar 1918

Die fortdauernden Verhandlungen mit der Ukraine

Die Auslandsbewegung in Oesterreich.

Die ersten Tage. Von unserem Sonderberichterstatter Dr. Leo Lederer.

Wir sind nunmehr in der Lage, die ausführlichen Berichte unseres Wiener Korrespondenten über die Ereignisse, die sich in den letzten Tagen in Wien und Budapest abspielten, zu veröffentlichen.

Die Redaktion.

L. Wien, 17. Januar.

Seit achtundvierzig Stunden stehen die Betriebe in den westlichen Niederösterreichs still. Von Wiener-Neustadt hat der Streik auf Wien und seine Vororte übergriffen.

Die politische Auslandsbewegung in Oesterreich. Die Herabsetzung der Weisklaute mag die Bewegung tatsächlich ausgelöst haben.

Die politische Auslandsbewegung in Oesterreich. Die Herabsetzung der Weisklaute mag die Bewegung tatsächlich ausgelöst haben.

Die begründete Hoffnung auf eine Einigung.

Wien, 21. Januar. (W. T. S.)

Das I. u. I. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet unterm 20. Januar aus Bresl. Witowst: Die Delegationen Oesterreich-Ungarns, Deutschlands und der Ukraine haben heute beschloffen, mit Abschluß der bisher geführten Verhandlungen folgende Verlautbarung auszugeben: Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geführt worden sind, haben das Ergebnis gezeigt, daß begründete Hoffnung besteht, über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedensvertrages Einigung zu erzielen.

Die offiziös ausgegebene Meldung über eine bereits erfolgte Einigung, die von der vorkommenden in einigen Punkten abwich, entsprach, wie jetzt mitgeteilt wird, nicht dem Text, der zur Veröffentlichung bestimmt war.

Offener Bruch zwischen der russischen und der ukrainischen Friedensdelegation.

Ein Schreiben Trozki.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Zwischen der russischen und der ukrainischen Friedensdelegation ist es zum offenen Bruch gekommen. Die Petroburger Agentur meldet darüber aus Bresl. Witowst: Am 16. Januar gaben die Russen folgende Erklärung ab: Schon bei dem Zusammenreffen mit der ukrainischen Delegation am 8. Januar erklärten wir ihr, daß wir es als unzulässig betrachten, daß irgendwelche Konferenzen, offiziell oder privat, stattfinden ohne Kenntnis der ukrainischen Delegation, und wir erklären, wir würden sie jedesmal über den Gang der Verhandlungen mit der Gegenpartei unterrichten.

Die ukrainische Delegation erklärte heute dem ukrainischen Volksrat, daß die ukrainische Delegation ohne unser Wissen diplomatische Verhandlungen angestrebt habe, welche die ukrainische Delegation: Trozki folgendes Schreiben an die ukrainische Delegation: Während der Verhandlungen erklärte heute Kählmann, daß in der Frage der Okkupationsgebiete die Ukraine auf Verhandlungen eingingen, soweit Grenzen in Betracht kämen, die ihrem Einfluß unterliegen.

handlungen mit der Gegenpartei unterrichten. Generalsekretär Golubowitsch sollte mit seiner Regierung in New in Verbindung setzen, und er zweifelte seinen Angaben daran, daß er uns gleiche Erklärungen werde abgeben können. Wir bekamen aber keine Antwort auf unseren Wunsch, Mitteilungen über die Verhandlungen der Ukraine mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die vor unserer Ankunft begannen und sichtbar noch jetzt fortgesetzt werden, zu erhalten. Am 15. Januar bewies Staatssekretär v. Kählmann unter anderem, daß die Grenzen der Okkupationsgebiete mit den Ukrainern besprochen wurden und daß diese Besprechungen Einfluß auf die Verhandlungen haben würden. In Anbetracht, daß die ukrainische Delegation ohne unser Wissen diplomatische Verhandlungen angestrebt habe, sandte Trozki folgendes Schreiben an die ukrainische Delegation: Während der Verhandlungen erklärte heute Kählmann, daß in der Frage der Okkupationsgebiete die Ukraine auf Verhandlungen eingingen, soweit Grenzen in Betracht kämen, die ihrem Einfluß unterliegen. Wir stellen noch einmal fest, daß die ukrainische Delegation trotz des sehr bestimmten Textes unseres Uebereinkommens und trotz der gegenwärtigen Sachlage, die verlangt, daß wir solidarisch gegen den gemeinsamen Feind aufstreten, sich gegen die Revolutionsmoral vergangen hat, die kein geheimes Uebereinkommen mit Imperialisten dulden kann. Die Ukrainer fahren fort, hinter unserem Rücken mit der feindlichen Delegation zu verhandeln, und sie haben ungeachtet unseres ausdrücklichen Verlangens und ihres eigenen Versprechens, uns keinen Bericht über ihre Verhandlungen mitgeteilt. Mit Rücksicht auf die Massen der Arbeiter und Bauern in Rußland und der Ukraine, deren Lebensinteressen auf dem Spiele stehen, beschließen wir, jede Verantwortung für ihre Verhandlungen abzulehnen. Wir wenden uns noch einmal direkt an das ukrainische exekutive Zentralkomitee in Charkow mit dem Verlangen, es möge alle Maßnahmen treffen, um die Interessen der ukrainischen Volksrepublik zu sichern und vor dem geheimen Spiel der Delegation des Generalsekretariats zu schützen. Wir wissen genau, daß das exekutive Zentralkomitee augenblicklich ein größeres Recht hat, im Namen der ukrainischen Republik zu sprechen, als die Kiewer Rada. Daß wir zuvor gegen eure Teilnahme am Verhandlungsstische nicht protestierten, geschah, weil wir hofften, daß ihr, Auge in Auge dem gemeinsamen Feinde gegenüber, wissen würdet, euer Auftreten auf die demokratischen Elementarprinzipien zu gründen und daß euer Auftreten zu keinem Konflikt zwischen euch und dem Charkower exekutiven Zentralkomitee sowie uns führen würde. Da sich nun eure Politik auf geheime Uebereinkommen und Verträge der demokratischen Interessen gründet, finden wir es notwendig, darauf hinzuweisen, daß euer wirklicher Einfluß in keiner Weise euch das Recht gibt, im Namen der unabhängigen Republik zu sprechen.

genommen hat. Es ist aber außerordentlich schwer für die Regierung die Wünsche der Arbeiter nach ausreichender Erziehung zu befriedigen, wenn sie im Bewußtsein ihrer Verantwortung die Bevölkerung in einem späteren Zeitpunkt nicht noch größeren Entbehrungen aussetzen, ja unter Umständen sogar einer Katastrophe zuführen will. Denn die Quellen, denen sie bis zum Beginn der neuen Ernte noch nicht ersparte Nahrungsmittel entnehmen kann, sind außerordentlich spärlich. Galizien hat den größten Teil seiner verfügbaren Nahrungsmittel an die Armee abgegeben. Die höchsten Landwirte Böhmens, das sonst die übrigen Kronländer Oesterreichs miternähren half, sind den vorläufigen Anordnungen über die Ablieferung von Kartoffeln und Getreide nur zu einem geringen Teil nachgekommen. Eine Erstattung beträchtlicher weiterer Vorräte in Weizen ist nicht zu erwarten. Denn über Böhmen besteht, wie wir ein hoher Statthalterbeisitzer aus Prag dieser Tage sagte, die Zentralregierung ungefähr so viel Gewalt wie das Kreisbürger Volkskommisariat im Finnland. In manchen Kreisen hofft man, daß Ungarn im Hinblick der jetzt eingetretenen Lage sich zu größeren Weizen- und Weizenlieferungen an Oesterreich entschließen wird. Aber auch das ist eine sehr vage Hoffnung. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die ukrainische Regierung sich jetzt zu jenen energischen Requisitionen in den ungarischen Komitaten entschließen kann, die sie im September unterlassen hat. Denn der ungarische Selbstverwahrer hat natürlich inzwischen einen erheblichen Teil seiner Vorräte selbst aufgezehrt, und im übrigen ist die Stimmung in Ungarn auch bereits derartig unsicher, daß die Regierung in allen ihren Maßnahmen nur mit größter Vorsicht zu Werke gehen kann. Der österreichische Ernährungsminister, Generalmajor Höfer, hat den Vertretern der Arbeiterchaft und der sozialdemokratischen Parteileitung in den letzten Tagen radikalsten Einblicke in die Verhältnisse, die die Ernährungspolitik bestimmen, genährt. Die Vertreter der Arbeiterchaft und der Parteileitung haben natürlich in den bisher getroffenen Maßnahmen und der Selbstverwaltung in der mangelhaften Bekämpfung des Schleichhandels und in der Organisation der Verteilung viel Anlaß zur Kritik gefunden und die Verteilung gewisser Mischungen verlangt. Aber im übrigen haben sie sich selbst überzeugt, daß die Regierung zu einschneidenden Verordnungen gezwungen ist, wenn die Bevölkerung in einem späteren Zeitpunkt nicht noch größeren Entbehrungen ausgesetzt sein soll. Das ist der Grund, warum die sozialdemokratische Parteileitung in ihrem Aufruf an die Arbeiterchaft die politischen Forderungen in den Vorder-